

YVONNE WALDBOTH, EINST DIE ERSTE POLIZEI-SEELSORGERIN DER SCHWEIZ, FEIERT IHR 10-JAHR-JUBILÄUM

## Zwischen Gummigeschossen und Menschenrechten

Von Helene Arnet

In ihrer Handtasche trägt Yvonne Waldboth immer ein Gummigeschoss und die Menschenrechtserklärung mit sich. Zwischen diesen zwei Polen bewegt sich die 46-jährige Theologin in ihrer Arbeit. Sie ist Polizeiseelsorgerin der Stadt- und Kantonspolizei Zürich.

Auch die Feuerwehr und der Rettungsdienst der Stadt Zürich zählen auf sie – Yvonne Waldboth betreut 5500 Leute.

Heute vor zehn Jahren rief das Stadtzürcher Polizeikommando zusammen mit den reformierten und katholischen Kirchen die Polizeiseelsorge ins Leben. Yvonne Waldboth, damals Gefängnisseelsorgerin, bewarb sich für die Stelle, die heute mit 90 Prozent dotiert ist. Sie hat seither unzählige Polizeieinsätze begleitet und ist auch schon in



Hamburg Streife gefahren. Sie sagt: «Fast wie im <Tatort>.»

Vor Waldboths Büro hängt eine orange Schutzjacke. Neben dem Computer liegt ein hellblaues Beret, wie es die Uno-Soldaten tragen. Erinnerung an einen Weihnachtsgottesdienst, den sie in Pristina gehalten hat. Auf dem Pult auch verschiedene Bibelausgaben, an der Wand hängt ein Chagall-Bild aus dem Fraumünster. Auf dem Bildschirm stehen die ersten Worte einer Predigt.

Sie wird morgen den Gottesdienst für den vor einer Woche verstorbenen Kriecher Bernhard Herren halten. «Eine traurige und anspruchsvolle Aufgabe», sagt sie und reibt sich mit der Hand über die Arme. Hühnerhaut trotz Sommerhitze.

Waldboth wirkt weder frömmlerisch noch salbungsvoll, sondern sportlich und temperamentvoll. «Mit dere cha mer ja schnurre», sagt ein Polizist, den sie auf der Wache besucht hat. Aufgewachsen ist sie «in

einer Beiz». In Olten, im Kreuz. Da habe sie gelernt, mit allen Leuten ins Gespräch zu kommen. Dort lernte sie auch all die kleinen Welten kennen, welche die grosse Welt tragen. Theologie habe sie studiert, weil sie wissen wollte, «was eben diese Welt zusammenhält». Sie spricht wenig über Gott, aber viel über Ethik.

Das Fach Ethik unterrichtet sie auch an der Polizeischule. Ein wesentlicher Bereich ihrer Tätigkeit. Daneben steht sie als Gesprächspartnerin zur Verfügung: bei Mobbing am Arbeitsplatz. Bei Beziehungsproblemen zu Hause. Wenn ein Polizist Gewalt ausgesetzt war – oder auch Gewalt ausgeübt hat, und damit zurechtzukommen versucht. Aber auch wenn bei einem Einsatz ein Kollege verletzt wird oder gar stirbt. Sie erzählt von der bedrückenden Zeit nach dem Brand des Zunfthauses zur Zimmerleuten, bei dem ein Feuerwehrmann sein Leben verlor.

Yvonne Waldboth hat oft miterlebt, welchen Spannungen Polizistinnen und Polizisten bei Einsätzen ausgesetzt sind. Wie sie wüst beschimpft,

bedroht und verspottet werden. «Um das auszuhalten, braucht es viel Sozialkompetenz – und ich bin immer wieder beeindruckt, wie viel davon in diesem Umfeld vorhanden ist.» Die Rambos seien wirklich die Ausnahme. «Ich bewundere den Fahnder im Kreis 4, der täglich mit Schlitzohren oder schlimmen Kriminellen zu tun hat und weder zynisch noch verhärtet wurde.»

Als Yvonne Waldboth vor zehn Jahren Polizeiseelsorgerin wurde, war sie die Einzige im Land. Seit zwei Jahren hat nun auch Luzern eine Polizeiseelsorge. Weiterbildungen besucht sie meist in Deutschland, wo diese Institutionen bereits weitverbreitet sind. Doch wie unterscheidet sich ihre Arbeit von jener der Polizeipsychologen? «Ich habe über die christliche Religion einen Blick von aussen und einen Bezug zur Transzendenz.» Sie greift zur Bibel. «In diesem Buch geht es um Schuld, Trauer, Liebe, Gewalt, Vergeltung, Vergänglichkeit, Gerechtigkeit und Sühne.» All das, was ihr im Arbeitsalltag begegnet. Zwischen Gummigeschoss und Menschenrechtserklärung.

DER POLITIKER BERLUSCONI DROHT ÜBER SEIN INTIMLEBEN ZU STOLPERN

## In Italien hat das Private die Politik ersetzt

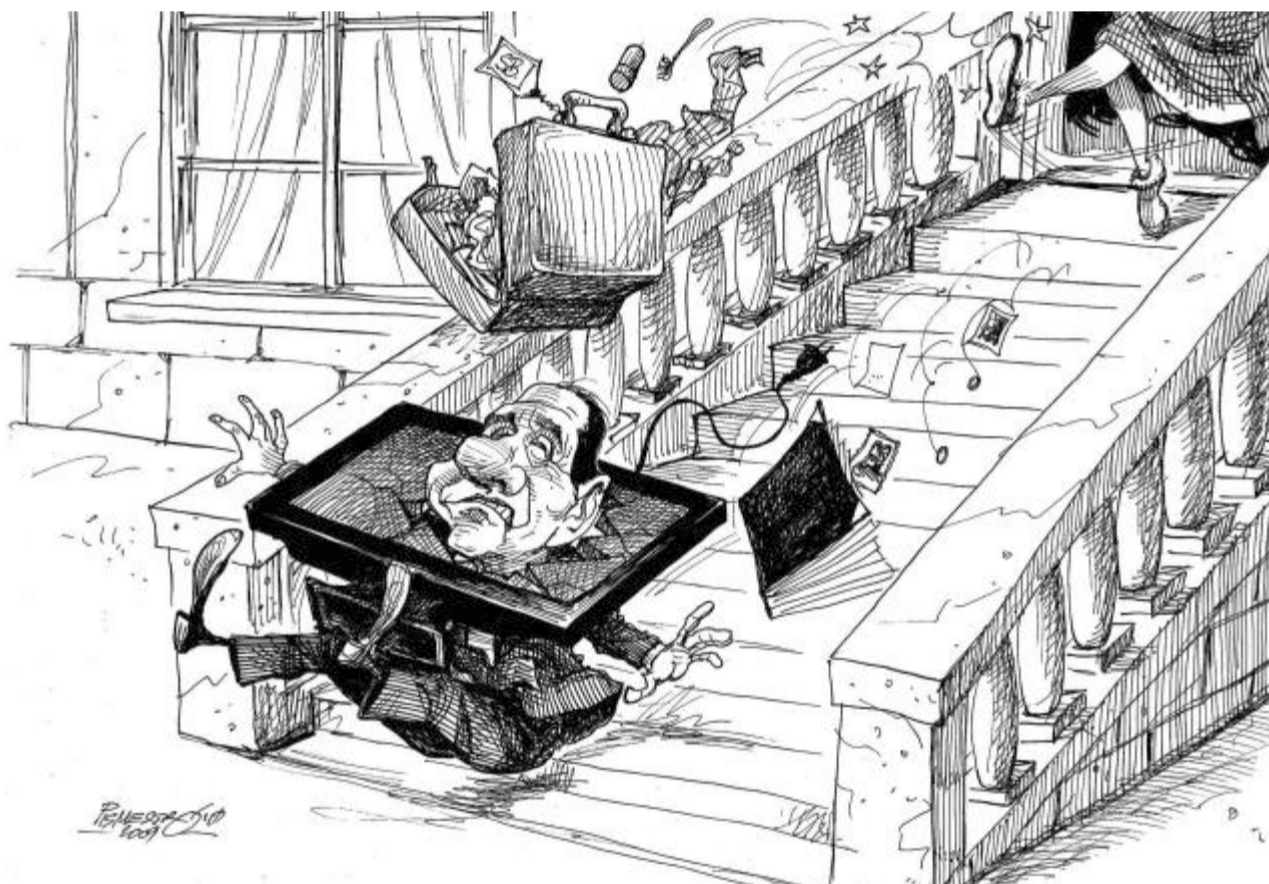
Von Kordula Doerfler, Rom

Benso lustvoll wie lüsternt ergötzt sich Italien in diesen heissen Sommertagen an einem Spektakel, das nicht nur die Klatschpresse und Talkshows beschäftigt, sondern die Frontseiten der seriösen Tageszeitungen füllt und einem vollkommen inhaltsfreien Europawahlkampf sein Thema beschert hat. Dass das Private auch in europäischen Demokratien längst politisch ist, ist heutzutage eine Binsenweisheit. Italien aber liefert derzeit ein Lehrstück dafür, wie gefährlich eine Demokratie deformiert werden kann, wenn das Private die Politik ersetzt.

Ausgerechnet einer einstigen eher mittelmässigen Schauspielerin ist das Kunststück gelungen, mit dem die schwache und zerstrittene Linke kläglich gescheitert ist. Veronica Lario, Noch-Ehefrau von Silvio Berlusconi, will sich von Silvio Berlusconi scheiden lassen, weil er «schamlose Luder» ins Europaparlament schicken wollte und noch dazu mit «Minderjährigen verkehrt». Dass der Ministerpräsident am 18. Geburtstag von Noemi Letizia, der Tochter eines angeblichen Freundes, teilnahm, machte selbst für Lario, die einiges gewöhnt ist, das Mass voll.

Bisher konnte ihm nichts schaden

Mit ihrem Frontalangriff brachte sie einen Politiker, der populärer und mächtiger ist als jeder andere Regierungschef in Europa, so in Bedrängnis, dass seine sonst untrüglichen Instinkte versagen. Ein überraschendes Zeichen von Schwäche bei einem, dessen Kompass die nächste Meinungsumfrage ist. Aber auch ein Armutszeugnis für die italienische Demokratie.



KARIKATUR PETAR PISMESTROVIC/CAGLECARTOONS

Nichts hat Silvio Berlusconi bislang schaden oder gar gefährlich werden können: weder die inhumane Ausländerpolitik seiner Regierung noch die Aushöhlung des Rechtsstaates; nicht die in Europa bislang unerreichte Verquickung von privaten Wirtschaftsinteressen und politischer Macht, nicht seine Attacken gegen die Opposition und die liberale Presse und auch nicht seine grotesken – und teilweise wohlkalkulierten – Ausrutscher auf internationalem Parkett.

In den Nachbarländern mag man

noch so peinlich berührt sein, dass der Regierungschef eines EU- und G-8-Staates Ex-Models zu Ministerinnen macht und sich nachts mit jungen Blondinen in Diskotheken vergnügt. Seinen Anhängern – übrigens auch Frauen – imponiert all das nach wie vor. Sex sells, das weiss der Unternehmer Berlusconi, eine Botschaft, die dem Wahlvolk über sein Medienimperium seit Jahren eingeträufelt wird. Eine «Konsumdiktatur» hat der Schriftsteller und Regisseur Pier Paolo Pasolini den Italienern in den 70er-Jah-

ren prophezeit, aufgebaut auf medialer Verdummung und Vergnügungssucht. Dass lange nach seinem Tod der Antipolitiker Berlusconi Showbusiness zur Politik erheben und der erfolgreichste Politiker der Nachkriegszeit werden sollte, konnte Pasolini nicht wissen.

Welche Ironie, dass Berlusconi ob einer mutmasslichen Affäre mit einer 18-Jährigen die Kontrolle zu entgleiten droht. Erstmals hat der Populist den Zeitpunkt übersehen, an dem er hätte handeln müssen. Jetzt treiben ihn Opposition und Presse als Lügner vor sich

her – in einer Sache, die tatsächlich privat, wenn auch unappetitlich ist.

Dabei wäre der Fall erledigt, hätte Berlusconi irgendeine nur halbwegs glaubhafte Erklärung für seine privaten Eskapaden geliefert. Zwar liebt man in Italien saftige, oft auch bigotte Klatschgeschichten, ist es doch eine Gesellschaft, die bis in die höchsten Ebenen hinauf von privaten Beziehungen geprägt ist. Meist aber legt sich der scheinbare Sturm der Entrüstung bald wieder, das war schon bei den Barockpäpsten so. Heute können sogar im Land der sittenstrengen Glaubenswächter konservative Politiker ihre Ehefrauen zugunsten jüngerer Gefährtinnen auswechseln – öffentlich. Auch beim Ministerpräsidenten, der ohnehin schon fünf Kinder aus zwei Ehen hat, hätte man sich bald daran gewöhnt, dass er zum zweiten Mal geschieden wird.

Italien, ein Sultanat?

Bisher ist noch jede Kritik an Berlusconi abgeperlt, und selbst für Satiriker sind die Zeiten hart in einem Land, in dem halbnackte Models nicht nur das Fernsehen, sondern immer mehr auch die Politik beherrschen. Ein «Sultanat» nennt der konservative Doyen der italienischen Politikwissenschaft, Giovanni Sartori, Italien in seinem neuen Buch resigniert. Alles nur Neid, lachte man aus dem Regierungslager zurück.

Mittlerweile lacht man dort nicht mehr. Zumindest die Klügeren haben erkannt, dass die Affäre aus dem Ruder läuft. Und dass Berlusconi nur von einem auf seinem Durchmarsch in den Quirinalspalast, ins Amt des Staatspräsidenten, aufgehalten werden könnte: von sich selbst. Und seinem Privatleben. Das hätte sich kein Satiriker ausdenken können.

PRÄMIENSCHOCK IM GESUNDHEITSWESEN

## Die Krankenkassen sind die falschen Sündenböcke

Von René Lenzin

Heute entscheidet der Ständerat, ob Krankenkassenvertreter bei Debatten über die Gesundheitspolitik in den Ausstand treten müssen. Anita Fetz (SP, BS) als Urheberin des Vorschlags geht offenbar davon aus, dass die Krankenkassen das grösste Hindernis auf dem Weg zu sinnvollen Reformen sind. Wer allerdings glaubt, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen auf diesem Weg bremsen zu können, täuscht sich.

Nun gibt es an den Krankenkassen durchaus genug zu kritisieren. Diese sind in der Regel viel zu zahm, wenn sie sich für ihre Kunden – die Prämi-

zahler – ins Zeug legen sollten. Dazu nur drei Beispiele:

■ Zum x-ten Mal hat der Kassenverband Santésuisse einen Vertrag mit den Apothekern ausgehandelt, ohne die ärgerlichen Beratungspauschalen bei rezeptpflichtigen Medikamenten aus der Welt zu schaffen.

■ Die finanziellen Fehlanreize bei Ärzten, die Medikamente abgeben dürfen, haben sie noch nicht einmal zum politischen Thema gemacht.

■ Im Kanton Bern steigen die Prämien nicht zuletzt so stark, weil sich die Kassen nicht energisch gegen überdotierte Spitalisten gewehrt haben.

Trotz solcher Fehlleistungen taugen

die Krankenversicherer aber nicht zum Feindbild, zu dem sie gerade die Kantone und die Linke immer wieder hochstilisieren. Sie sind nicht die Ursache der Reformblockade, sondern Gefangene eines Systems, das ihnen höchst widersprüchliche Aufgaben zuweist.

Als Konkurrenten buhlen die Kassen um die Gunst der Prämienszahler. Aber das Gesetz gibt ihnen praktisch keine Kompetenzen, den Wettbewerb wirklich spielen zu lassen. Nehmen wir die Medikamente. Santésuisse spricht sich regelmässig für tiefere Preise aus, doch am Schluss bestimmt der Staat, wie teuer eine Pille ist. Möchten die Kassen etwas gegen die Überkapazitäten der Spitäler unternehmen, haben sie keine Handhabe gegen die Kantone. Die Möglichkeit, nicht mehr alle Ärzte

unter Vertrag nehmen zu müssen, ist längst verfliegen, was vor allem die teuren Spezialisten freut. Erwägen die Kassen restriktivere Listen für ihre Hausarztmodelle, laufen die Ärzte Sturm und bremsen die Politiker.

Weiterwursteln bringt nichts

Statt über die Lobbyisten der Krankenkassen zu wettern, sollte die Politik diesen endlich eine klare Rolle zuordnen. Entweder degradiert man die Kassen zu reinen Zahlstellen eines staatlich regulierten Gesundheitswesens. Oder man gibt ihnen die Steuerungskompetenzen, um auf dem Gesundheitsmarkt in einem echtem Wettbewerb zu bestehen. Weiterwursteln bringt nichts.

Ausstandsregelungen, wie sie der Ständerat heute diskutiert, produzieren viel Lärm, bringen aber die gesundheitspolitische Diskussion kein Stück weiter. Und wenn schon müsste man sowieso auch gleich noch die Hebammen (Liliane Maury Pasquier), die Ärzte (Marina Carobbio, Ignazio Cassis, Jean Henri Dunant, Yvonne Gilli, Jean-Charles Rielle), die Gewerkschafterinnen des öffentlichen Dienstes (Christine Goll) oder die Kantonsvertreter (alle ehemaligen Regierungsräte) in den Ausstand schicken. Von den zahlreichen Pharnalobbyisten gar nicht zu sprechen. Ob die paar Hinterbänker und Hyperaktivisten, die übrig bleiben würden, eine bessere Gesundheitspolitik zustande brächten, ist fraglich.